

Diskussionsbeitrag mit der Bitte um Stellungnahmen

Aus dem Sozialstaat in die Leibeigenschaft

Arbeitserttrag versus Kapitalertrag

Wolfgang Fabricius (W.Fabricius@ISP-eG.de)

Stand: 14.02.2005

Inhaltsübersicht:

- 1. Finanzdiktatur und Verfassungsbruch**
- 2. Rettungsmaßnahmen der Kapitaleigner**
- 3. Rettungsmaßnahmen der Verbraucher**
- 4. Profitminimierung statt Leibeigenschaft**
- 5. Nachbarschaftshilfe im sozialen Umfeld als „aktiver“ Generalstreik**
- 6. Gesundheitsbörse**
- 7. Schlussbemerkung**
- 8. Zitierte und weiterführende Literatur**
- 9. Adressen internetbasierter Tauschbörsen**

Zusammenfassung

Wenn sich - wie in Deutschland – das Geldvermögen, von dem nur etwa 5 bis maximal 10% der Bundesbürger profitieren, in über 50 Jahren auf über 6 Billionen Euro hinter den Kulissen vermehrt hat und diese Kapitalerträge exponentiell im Mittel um etwa 10% ansteigen, das Wirtschaftswachstum aber nur etwa 40 Milliarden Euro pro Jahr beträgt und sich auch nur linear vermehrt, findet mit der Zeit eine alle Grenzen sprengende Umverteilung von Arbeitsertträgen zu Kapitalerträgen statt. Ein Staat, der dies zulässt, ist auf Dauer nicht zu retten. Über eine Finanzdiktatur landen auf diesem Wege jetzt voraussichtlich 90% der Bundesbürger zwangsläufig in der Leibeigenschaft.

Um zu überleben, müssen die Bürger als Verbraucher die Regie über die Dienstleistungen sowie die Herstellung und den Vertrieb der Produkte ihres täglichen Bedarfs in die eigenen Hände nehmen und im Sinne eines „aktiven“ Generalstreiks einen Non-Profit-Markt diesseits von profitorientiertem konventionellem Markt und Staat aufbauen, auf dem es keine Kapitalerträge, sondern nur Arbeitsertträge gibt. Wer kein Eigentum besitzt, hat keine Kapitalerträge und verliert so auch nichts; er kann sich also hemmungslos auf diesem Markt betätigen.

Legitimiert hierzu ist der Bürger durch den von unserem Staat nach Artikel 20 des Grundgesetzes begangenen Verfassungsbruch. Dieser Artikel geht von Deutschland als einem demokratischen und sozialen Bundesstaat aus. Jeder hat nach ihm das Recht, Abhilfe zu schaffen, ja sogar Widerstand zu leisten.

1. Finanzdiktatur und Verfassungsbruch

Das einzige, was in Deutschland derzeit noch wächst, sind die Kapitalerträge, die sich in den letzten 10 Jahren verdreifacht haben. Der Regierung unter Brandt und Schmidt war es noch gelungen, die Kapitalerträge kontinuierlich von 12,6% auf 6,1% zu senken, aber die Kohl-Regierung hob sie wieder auf 10 und mehr Prozent an [DGB 1999].

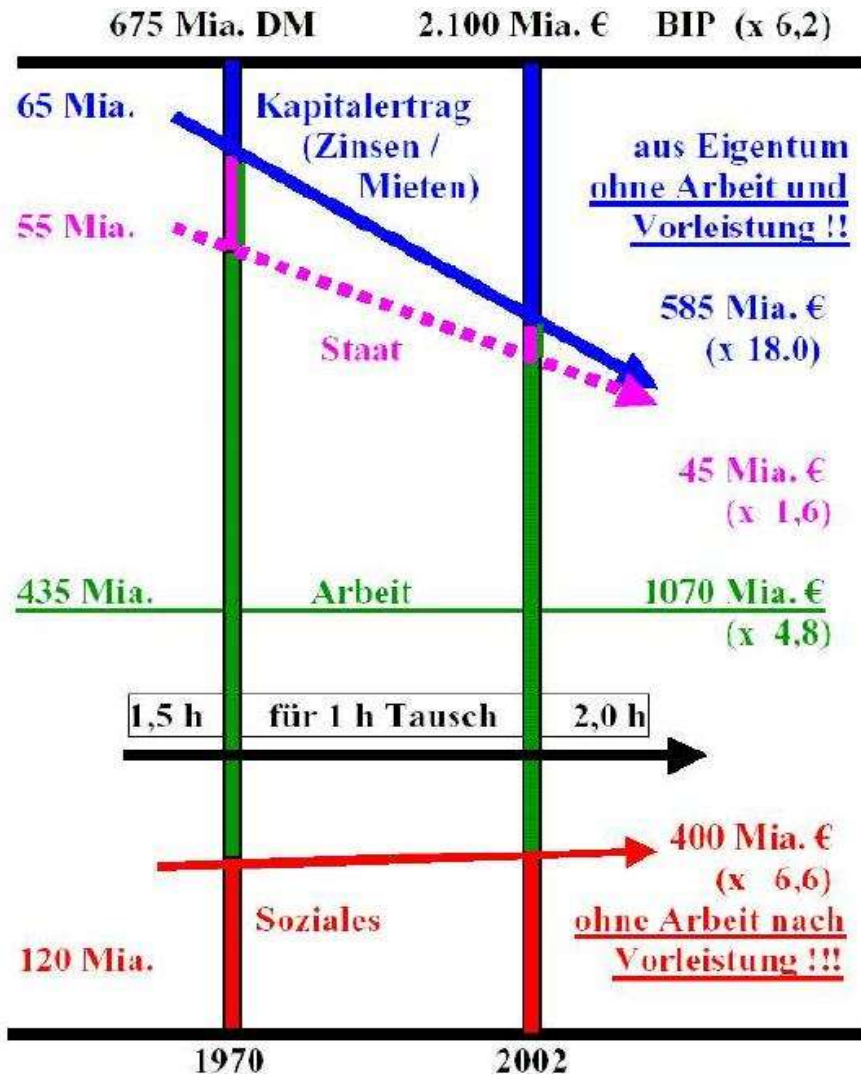


Abb. 2: Verteilung des Bruttoinlandsproduktes [Petschow 2004]

Kapitalerträge können durch Zinsen, Profite und Spekulationen entstehen. Schon gegen den Zins hat bereits Aristoteles gewettert: „Das Geld ist für den Tausch entstanden, der Zins aber weist ihm die Bestimmung an, sich durch sich selbst zu vermehren. Daher widerspricht auch diese Erwerbsweise unter allen am weitesten dem Naturrecht.“

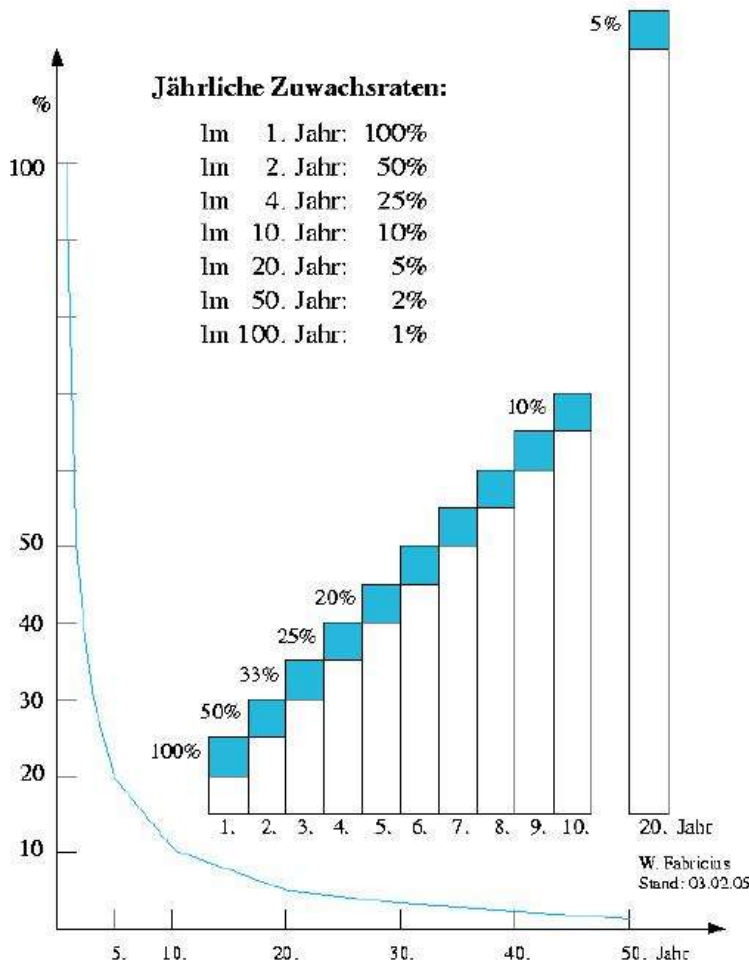
Nach Petschow sind die Kapitalerträge in Deutschland in den letzten 32 Jahren von 10% auf 28% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gestiegen. Löhne und Gehälter mussten deshalb von 65% auf 51% des BIP sinken. Die Sozialquote ist zwar um 2% von 17% auf 19% des BIP gestiegen, aber von ihr müssen jetzt doppelt so viele Menschen leben. Der

Staat verfügte 1970 noch über 8% des BIP, 2002 aber nur noch über 2%. Er verabschiedet sich sozusagen mehr oder weniger unauffällig von uns (Abb. 1). Die Kapitalerträge, von denen nur 5 bis maximal 10% der Bürger Deutschlands gewinnbringend leben (Kassen ohne Bedarf!), betragen im Jahr 2002 etwa 585 Milliarden Euro [Petschow 2004]. Sollen die „restlichen“ 90% der Bürger dazu missbraucht werden, ihren 5-10% reichsten Mitbürgern die Kapitalerträge zu sichern?

Diese gigantisch - wie der Jakobspfeinig - wachsenden Kapitalerträge konnten durch ein 1,2%-iges und gegen Null tendierendes Wirtschaftswachstum nicht ausgeglichen werden. Es musste also intern umverteilt werden: Löhne, Gehälter, Renten und Sozialleistungen wurden also zugunsten der Kapitalerträge in zunehmendem Umfang

abgebaut. 150 Jahre Arbeitskampf Hartz IV, Ich-AG und 1-Euro/MAE-Jobs nicht verhindert. Wegen des Fehlens internationaler sozialer Regulationsinstitutionen haben auch politische Apelle keinen Adressaten.

Abb. 2: Lineares Wirtschaftswachstum



Bei annähernd linearem Wirtschaftswachstum wie in Deutschland (im Mittel etwa 40 Mrd. Euro/Jahr) ist das BIP nach 50 Jahren zwar 50 mal so groß wie im ersten Jahr ist, der relative jährliche Zuwachs aber von 100% auf 2% geschrumpft (Abb. 2). Selbst wenn jährlich die gleiche Menge an Produkten und Dienstleistungen zusätzlich erzeugt werden, nimmt ihr Anteil gegenüber dem bereits Vorhandenen relativ ab.

Um höchste Kapitalerträge zu ermöglichen, war es notwendig, über die Bedarfsdeckung hinaus eine Bedarfsweckung, eine Ex- und-Hopp-Produktion, eine Externalisierung der Kosten, eine Verschuldung der Bürger, Exportüberschüsse, eine Globalisierung der Kapitalflüsse über Fonds etc. zu generieren. Zudem stieg die Arbeitsproduktivität durch

Rationalisierung und Automatisierung und auch die Arbeitsintensität. So ist in Deutschland das Geldvermögen auf über 6 Billionen Euro gestiegen.

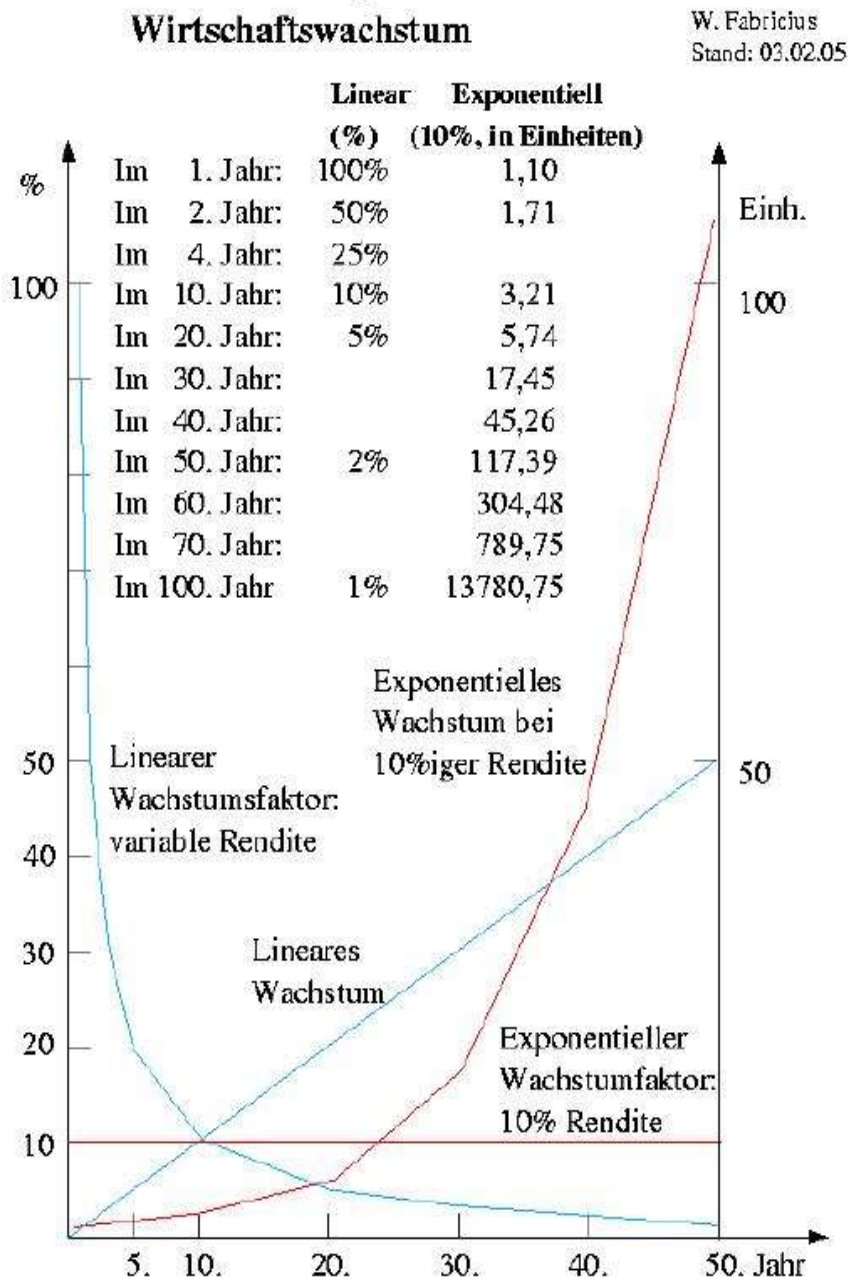
Wie in Abb. 3 zu sehen ist, braucht das exponentielle Wachstum zwar eine ganze Zeit, bis es das lineare eingeholt hat (hier etwa 40 Jahre, also 1989/90!), hier aber schluckt der Kapitalertrag bereits das komplette BIP, die Umverteilung von Arbeitsertrag zu Kapitalertrag ist abgeschlossen!

Beachtenswert ist bereits der Schnittpunkt der beiden Kurven nach 20 Jahren (also etwa 1970!). Bis zu ihm ist genügend Platz, um Löhne, Gehälter und Sozialleistungen zu verbessern, aber danach beginnt die interne Umverteilung von Arbeitsertrag zu Kapitalertrag. Hier ist von Brandt und Schmidt noch das Richtige getan worden, indem sie die Kapitalerträge abgesenkt haben (mussten sie deshalb gehen?). Sie hätten aber parallel zum Wirtschaftswachstum weiterlaufen müssen, um eine Umverteilung von

Arbeitsbeitrag zu Kapitalertrag zu verhindern, denn diese findet zwangsläufig bei jeder maßgeblichen Diskrepanz zwischen Wirtschaftswachstum und Kapitalertrag statt.

Der Zeitpunkt 40 Jahre, bei dem in Abb. 3 der Kapitalertrag das BIP erreicht hat und

Abb. 3: Lineares vs. exponentielles



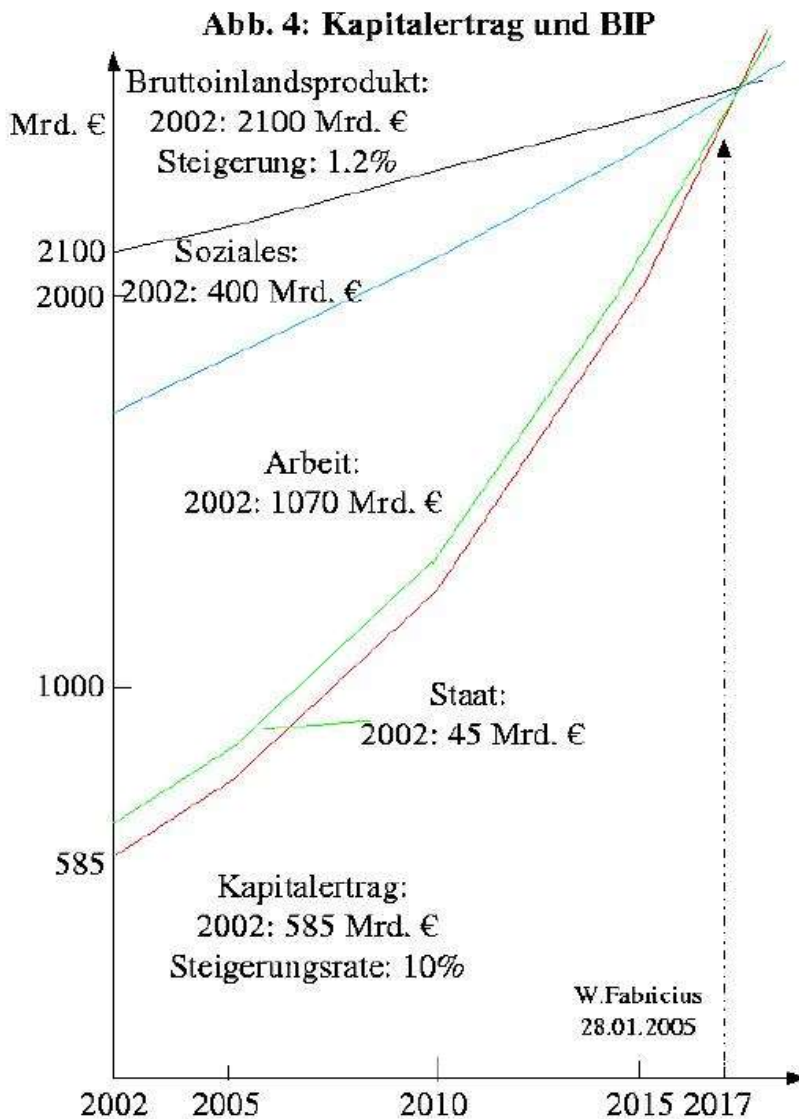
der erste Totalcrasch zu befürchten war, fällt ziemlich genau mit der Wiedervereinigung zusammen. Hier konnten durch den großen Kapitalabfluss in die neuen Bundesländer die Kapitalerträge von 10% aufrechterhalten werden, obwohl das Wirtschaftswachstum für die gesamte Republik bei etwa 1,2% verharrte.

Mit der von 1970 bis 2002 von 65 auf 51% gesunkenen Nettolohnquote bzw. der nur von 17 auf 19% gestiegenen Nettosozialquote mussten sich aber die von 26,7 auf 38,7 Mio. angewachsenen Erwerbstätigen und die von 149.000 auf jetzt 5 Mio. angewachsenen Arbeitslosen zufrieden geben. Sowohl die Absenkung der Kapitalerträge durch Brandt und Schmidt, als auch der Kapitalabfluss in die neuen Bundesländer konnten zwar in der

damals extrem angespannten weltpolitischen Situation die im Zentrum Europas zu befürchtenden sozialen Unruhen zunächst verschoben werden, sie sind aber damit nicht aufgehoben, weil das Grundproblem der Umverteilung nicht ausgeräumt ist.

Bei weiterhin wie in den letzten 10 Jahren mit 10% wachsenden Kapitalerträgen und mit 1,2% steigendem Wirtschaftswachstum würde bereits in 13 Jahren (im Jahr 2017) das gesamte Bruttoinlandsprodukt (BIP) aufgezehrt: Löhne, Gehälter, Renten und Sozialleistungen wären damit bei Null gelandet (Abb. 4), das heißt, alle Bürger des

Landes befänden sich in der Leib-eigenschaft der Kapitaleigner und müssten bei diesen um Wohnraum und Alimentierung betteln. Der Traum der Neoliberalen, die richtiger wohl die Neofeudalen genannt werden, hätte sich endlich erfüllt.



Das Jahr 2017 ist allerdings ein theoretischer Zeitpunkt, denn der ökonomische Kollaps tritt wesentlich früher ein, weil der Mehrzahl der Bürger nur ein kleiner Teil der Arbeitserträge für variable Kosten zur Verfügung steht, der größere aber von „Fest“kosten wie Mieten (Deutschland ist Schlusslicht bezüglich Wohneigentum in Europa!), Wasser, Müll, Energie, Mobilität, Versicherungen, Zinsbelastungen etc. geschluckt wird, die allerdings auch ständig unerbittlich steigen.

So leben bereits Familien in Deutschland, die sich nach Abzug der Festkosten von wenig mehr als einem Euro pro Kopf und Tag ernähren müssen. Ist das noch Jammern auf hohem Niveau oder doch

schon Dritte-Welt-Elend?

Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes ist ausgehebelt, denn dort steht:

- Art. 20 Abs.1: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
- Art. 20 Abs. 4: Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutsche das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Wie könnte Abhilfe aussehen? Ist sie ohne Widerstand möglich? Richtungsstreit wird Luxus, wenn es eigentlich schon darum geht, die Plätze in den Rettungsbooten zuzuweisen? Doch haben wir überhaupt Rettungsboote? Welche Rettungsmaßnahmen sind möglich?

2. Rettungsmaßnahmen der Kapitaleigner

2.1. Krieg

Wie in solcher Situation bisher seitens der Kapitaleigner verfahren wurde und was auch künftig zu befürchten ist, wurde in der Kundenzeitschrift »Sparkasse« des deutschen Sparkassenverbandes dargelegt: im Dezember 1988 erschien der Nachdruck eines Artikels, der bereits 1891, in der gleichen Zeitschrift erschienen war. Dort hieß es: *»Die Ursache für das Sinken des Zinsfußes wird vorzüglich darin gefunden, dass die besonders rentablen Capitalanlagen großen Maßstabes heute erschöpft sind und nur Unternehmungen von geringer Ergiebigkeit übrig bleiben.« ... »So spricht denn alles dafür, dass wir noch einem weiteren Sinken des Zinsfußes entgegensehen. Nur ein allgemeiner europäischer Krieg könnte dieser Entwicklung Halt gebieten durch die ungeheure Capitalzerstörung, welche er bedeutet.«* [nach Creutz 2001, S. 505/6].

Wir haben zweimal einen solchen Krieg erlebt. Wie weit sind wir von einem weiteren derartigen Krieg entfernt? Oder sind wir schon mittendrin (Afghanistan, Irak)? Oder was meint Hans Olaf Henkel, wenn er von „Aufräumen“ spricht.

2.2. Osterweiterung der Europäischen Union, Russland und China

Wie weit Kapitalabflüsse in die europäischen Beitrittsländer oder Russland und China die derzeitige Höhe der Kapitalerträge in Deutschland zu erhalten vermögen, ist kaum abzuschätzen, denn der Handlungsraum ist nicht das eigene Währungsgebiet und erlaubt deshalb keine direkte Einflussnahme. In jedem Fall ist ein tendenzielles Absinken der individuellen Arbeitserträge in Deutschland auf das Niveau dieser Länder zu erwarten. Dieser Vorgang wurde bereits eingeleitet. Parallel dazu dürfte weltweit die Kaufkraft sinken und Exportüberschüsse sich entsprechend reduzieren.

2.3. Steigerung des Wirtschaftswachstums

Um die Umverteilung auszugleichen, müsste die Steigerung des Wirtschaftswachstums der jährlichen Steigerung der Kapitalerträge von 10% entsprechen, was völlig unrealistisch ist. Im übrigen haben wir bereits jetzt einen beachtlichen Exportüberschuss, der verdächtig nach einer Überproduktionskrise aussieht.

2.4. Senkung der Kapitalerträge

Bei der hohen Verschuldung von Unternehmen und Staat befinden sich die einzelnen Länder gegenüber dem globalen Finanzkapital in absoluter Konkurrenz. Selbst ein minimales Absinken der Kapitalerträge würde zum Kapitalabfluss führen. Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland sind zwar seit 2000 etwa auf ein Sechstel zurückgegangen, aber die Einlagen bei Fonds werden jetzt den Bürgern selbst im Rahmen der Riester-Rente aufgeschwatzt. So sind sehr viele Kleinanleger auf die Kapitalerträge aus ihren Fondseinlagen fixiert, obwohl 90% der Bürger der Bundesrepublik höheren Zinsbelastungen als Zinsgewinnen ausgesetzt sind [Creutz 2001]. Die Fondsverwalter sind also beim Absinken der Kapitalerträge gezwungen, im Interesse der Anleger deren Kapital sofort in Länder mit besseren Kapitalerträgen zu transferieren. Von Bedeutung für Anleger ist z.B. die Arbeitsproduktivität pro qkm.

Parteien und Politiker mussten deshalb den Dienst am Bürger durch den Dienst am kleinen und großen Aktionär/Anleger zum alleinigen Maßstab ihrer Entscheidungen machen. Unter Umständen müssen die Kapitalerträge in Deutschland aber gar nicht mehr gesenkt werden, da sie in absehbarer Zeit sowieso nicht mehr realisierbar sind.

3. Rettungsmaßnahmen der Verbraucher

3.1. Verfassungsklage

Einen ersten Versuch einer Verfassungsklage hat bereits Petschow unternommen. Es wurde ihm entgegnet, dass eine Beschwerdebefugnis bei ihm nicht vorliege. Er wandte sich daraufhin an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages (Aktenzeichen: Pet 2/14/15/8272/046748), der seine Beschwerde grundsätzlich für gerechtfertigt hielt und sie an das Wirtschaftsministerium der Bundesrepublik Deutschland weiterleitete, wo sie dann endgültig versendet ist [Petschow 2004]. Befugt wäre allerdings der DGB!

3.2 Grundsicherung für alle

Nach Robert Kurz wäre monetäres "Grundeinkommen" nur durch einen Apparat der Redistribution in einem nationalökonomischen Bezugsraum realisierbar. Für das nationale Bezugssystem des "Grundeinkommens" wiederum heißt dies, daß es im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt erfolgreich sein muss, um genügend Kapazität für die monetäre Umverteilung zu erwirtschaften. Implizit enthält daher das Konzept des "Grundeinkommens" einen nationalistischen und rassistischen Vorbehalt; es ist nichts als ein Derivat des sozialnationalistischen Linkskeynesianismus. In der Praxis würde das "Grundeinkommen", egal in welcher Form, für die Individuen immer nur auf ein Volumen hinauslaufen, das zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist [Kurz 2001]. Auch die Grundsicherung gehört zu den „Brosamen vom Tisch des Herrn“:

Für Gustav Landauer würde die Grundsicherung zu den Maßnahmen zählen, die aus dem Kapitalismus nicht herausführen [Landauer 1913].

Eine bedarfsdeckende Grundsicherung für alle würde sich nur gegen die Kapitalerträge und zwar wegen der weltweit ausgerichteten Fonds, über die sie erwirtschaftet werden, auch nur weltweit durchsetzen lassen. Was aber bei dem Arbeitnehmerentgelt schon nicht zu erreichen war, wird mit der Grundsicherung um so weniger gelingen.

Erst wenn die Profiteure (in den nächsten 50 Jahren?) aus der Gesellschaft verdrängt sind, wäre die Grundsicherung möglich, aber dann wäre sie auch überflüssig geworden.

3.3. Solidarische Ökonomie bzw. wirtschaftliche Selbsthilfe

Im Kapitalismus begibt sich der Bürger als Erwerbstätiger an einen profitorientierten Arbeitsplatz auf der Anbieterseite des Marktes. Seine Arbeitskraft wird ihm aber nicht in vollem Umfang entgolten, sondern seitens der Regisseure dieser Arbeit werden ihm die Kosten für Infrastruktur und Immobilien, Zinsen, Gewinne, Steuern, Dividende etc. abgezogen.

Mit dem Bürger als Verbraucher auf der Nachfrageseite geschieht ähnliches. Im Produkt, das er erwirbt, oder der Dienstleistung, die er beansprucht, stecken Zinsen, Mieten, Steuern und Profite. Allein die Mieten von Wohnungen setzen sich z.B. zu 70-80% aus Zinsen zusammen, der Trinkwasserpreis enthält 38% und selbst die Müllkosten 12% Zinsen [Kennedy] im Mittel sind es für alle Produkte 40% [Creutz].

Durch den profitorientierten Markt hat sich das Individuum in ein Produzenten- und ein Konsumenteninteresse, repräsentiert als Erwerbstätiger und Verbraucher, ökonomisch aufspalten lassen. *„Historisch hat sich der Markt von den Grundstoffen, den Vor- und Zwischenprodukten immer weiter vorgeschoben und immer mehr reproduktive Bezüge okkupiert; nicht nur bis zu den Endprodukten, die direkt in die Konsumtion eingehen, sondern darüber hinaus bis zur Vermittlung der Konsumtion selber in Form von Dienstleistungen und bis in den Intimbereich. ... Für eine emanzipatorische Bewegung ... folgt daraus, dass sie in genau umgekehrter Reihenfolge von den Dienstleistungen und den direkt in die Konsumtion eingehenden Endprodukten ausgehend dem Markt seine historische Beute wieder entreißen muss“* [Kurz 2001].

Bereits Marx und Engels hatten im „Kommunistischen Manifest“ formuliert: *„Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten so weit beendigt, daß er seinen Arbeitslohn bar ausgezahlt erhält, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw.“* [Marx/Engels 1847/48]. Dieser Zweig der kapitalistischen Ausbeutung wurde jedoch von ihnen nicht weiter verfolgt, sondern im Gegenteil, von Projekten dieser Art, den Konsumvereinen oder -genossenschaften, haben sie und mit ihnen die Sozialdemokraten nachhaltigst abgeraten [Hasselmann 1971].

4. Profitminimierung statt Leibeigenschaft

Eine Anfrage bei Google am 12.11.2004 zum Begriff „Profitminimierung“ wurde mit der Gegenfrage beantwortet: „Meinten sie: Profitmaximierung?“ und es wurden ganze drei jedoch unmaßgebliche Hinweise angezeigt, während zum Leitbegriff unseres Wirtschaftssystems „Profitmaximierung“ 18.300 Seiten angeboten wurden.

Als Verbraucher sind wir jedoch nicht daran interessiert, dass in den Produkten und Dienstleistungen, die wir tagtäglich benötigen, ständig wachsende Zinsen und Profite stecken. Sollte deshalb die Regie über Produktion und Erwerbstätige nicht aus den Händen der Profiteure in unsere Hände, die der Verbraucher, gelegt werden und sollten wir nicht unabhängig von dem bestehenden System einen neuen, nicht profitorientierten Markt aufbauen?

Profitminimierung wurde auch von Konsumgenossenschaften praktiziert, die trotz aller Behinderungen im vorletzten und letzten Jahrhundert auch in Deutschland als „Dritte Säule der Arbeiterbewegung“ sehr erfolgreich waren [Hasselmann 1971, Novy 1985, Fairbairn 1998, Fabricius 2004]. Den Genossenschaftsbanken wird z.B. vom managermagazin vorgeworfen, dass ihretwegen, weil sie keinen Gewinnzweck verfolgen, die

privaten Banken in Deutschland über Jahrzehnte an extrem niedrigen Zinsen leiden würden [Müller 2004]. So haben selbst die Banken unter den Genossenschaften in Deutschland volkswirtschaftliche Bedeutung.

Aus einer Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 23.02.2004 geht hervor, dass im „Neuen Europa“ mit seinen 450 Millionen Einwohnern insgesamt über 300.000 Genossenschaften mit über 140 Millionen Mitgliedern existieren [EU-Kommission 2004].

5. Nachbarschaftshilfe im sozialen Umfeld als „aktiver“ Generalstreik

Einen brauchbaren Einstieg in diese Non-Profit-Welt mit niedrigerer Schwelle als Genossenschaften stellen die zur Zeit boomenden Tauschringe dar, die insbesondere Arbeitslosen den Alltag zumindest etwas erleichtern könnten.

Landauer schreibt dazu 1913: *„Alle Organisationen, die sich das arbeitende Volk bisher geschaffen hat, sind Organisationen zum Kampf ums Leben innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Sie sind notwendig, damit die einzelnen Individuen und Branchen weiter existieren können und kleine Vorteile erringen; aber aus dem Kreis des Kapitalismus führen sie nicht heraus; in den Sozialismus führen sie nicht hinein.“* Und an anderer Stelle zum Thema „aktiver“ Generalstreik: *„Ihr Kapitalisten, ihr habt Geld? ihr habt Papiere? ihr habt Maschinen, die leer stehen? Eßt sie auf, tauscht sie untereinander, verkauft sie euch gegenseitig - macht was ihr wollt! Oder - arbeitet! Arbeitet wie wir. Denn Arbeit könnt ihr von uns nicht mehr bekommen. Die brauchen wir für uns selbst. Wir haben sie nicht mehr im Rahmen eurer unsinnigen Wirtschaft, wir verwenden sie für die Organisationen und Gemeinden des Sozialismus.“*

Aber auch heute bleibt den Bürgern letztendlich nichts anderes übrig, als in gut überlegten, aber konsequenten Schritten zu versuchen, sich dem Terror des Profits so weit als möglich zu entziehen und für eine Profitminimierung bzw. Minimierung der Kapitalerträge einzutreten.

Grundsätzlich gibt es drei Typen des Erwerbs:

1. der reguläre Voll- oder Teilzeitjob mit Entrichtung von Steuern und Sozialbeiträgen. Aber bereits für unbezahlte Mehrarbeit werden entsprechende Beiträge nicht abgeführt. Sie muss als (staatlich verordnete!) Schwarzarbeit angesehen werden,
2. die Nachbarschaftshilfe auch „im sozialen Umfeld“, ein möglicher Grenzfall zur sogenannten Schwarzarbeit, bei der zwar gearbeitet, aber (solange der Staat noch keine Zeitkonten eingerichtet hat, noch) keine Steuern und Sozialbeiträge abgeführt werden und
3. das Kassieren von Kapitalerträgen, bei dem nicht gearbeitet und weder Sozialbeiträge noch wesentliche Steuern entrichtet werden.

Nachbarschaftshilfe ist der Mittelweg zwischen regulärer Erwerbstätigkeit und dem Kassieren von Kapitalerträgen und stellt möglicherweise für den Besitzlosen den

einzigem Ausstieg aus dem alles überwuchernden Profitterror und das Überleben ohne Leibeigenschaft dar.

Wie weit haben wir die – bisher vorwiegend gegen uns eingesetzte – mikroelektronische und informationstechnologische Innovation für uns nutzbar eingesetzt? Vielleicht lassen sich auf dieser Basis mit Tauschringen sehr einfache und wirksame Konzepte der Profitminimierung realisieren. Hier werden zunächst Leistungen und auch (Second-Hand-, später vielleicht auch landwirtschaftliche und weitere einfache) Produkte des täglichen Bedarfs getauscht und in einem zentralen Register entsprechende Äquivalente registriert. Diese Verrechnungseinheiten haben ein mehr oder weniger fest definiertes Verhältnis zur realen Währung. Durch geeignete (Open-Source-) Software ist gegenüber den bisherigen verwaltungstechnisch sehr aufwendigen Tauschringen eine wesentliche Vereinfachung und Verbreiterung auch bezüglich des Spektrums von Leistungen und Produkten zu erwarten.

Die Tauschringe werden von regionalen Einrichtungen – Gesellschaften bürgerlichen Rechts oder eingetragenen und auch nicht eingetragenen Vereinen, aber auch Genossenschaften - unterhalten. In der Regel werden - speziell um im Bedarfsfall Infrastruktur auch vom konventionellen Markt beschaffen zu können – Beitrittsgebühren und Mitgliedsbeiträge erhoben.

Ein vollständig internetbasierter Tauschring kann intern sehr weitgehend auf Gebühren in Realwährung verzichten und u.U. fast alles in elektronisch gespeicherten Arbeits-Äquivalenten abrechnen. Bei jedem Tausch von Leistungen oder Produkten muss ein gewisser Prozentsatz für den Aufbau und den Unterhalt der Infrastruktur sowie für soziale Zwecke (für noch nicht, vorübergehend nicht und nicht mehr Erwerbstätige sowie nicht Erwerbsfähige) abgezweigt werden. Außerdem sollte es den Mitgliedern freistehen, nach dem zustande gekommenen Kontakt und falls die jeweiligen Angebote einander entsprechen, auch außerhalb des Tauschrings miteinander direkt Leistungen oder Produkte auszutauschen.

Wichtig für die Beteiligten ist auch die Erfahrung, dass Arbeitszeit gegen Arbeitszeit getauscht wird und damit die Arbeit aller Akteure gleichrangig ist. Sie können auch besser erkennen, welchen eigentlichen Wert ihre Arbeit hat, die bisher durch die unterschiedlichsten Profiteure immer weitgehender entwertet worden war. Der Tauschring hat somit nicht nur eine ökonomische und soziale, sondern auch eine psychologische Dimension. Es entstehen zwar nicht ad hoc sehr viele Dauerarbeitsplätze, aber bei ausreichender Beteiligung könnte sehr bald eine mit entsprechender Logistik ausgestattete Grundversorgung der Beteiligten erreicht werden. Wenn der Staat bereit ist, Zeitkonten einzurichten, können Steuern und Sozialbeiträge auch in Zeitkontenform an ihn abgeführt werden, aber dazu ist er (noch nicht) bereit.

6. Gesundheitsbörse

Wegen der gegenwärtigen absurden Situation, dass die Krankenversorgung von

Kindern von BaFöG-BezieherInnen und Menschen, die nach Hartz IV (abgekürzt vielleicht besser HIV!) kein Arbeitslosengeld II erhalten, nicht ausreichend gesichert zu sein scheint, weil sie entweder durch eine kaum erschwingliche freiwillige Versicherung oder ohne Versicherung erfolgen muss (insgesamt wird bereits von einer Million nicht mehr krankenversicherten Bundesbürgern gesprochen), überlegt der Gesundheitsladen Berlin, eine internetbasierte Tauschbörse zur Vermittlung von Erste-Hilfe-Leistungen und einer Notversorgung sowie Hilfe zur gesundheitlichen Selbsthilfe, die sonst aus finanziellen Gründen unter Umständen nicht geleistet werden könnte, zu organisieren. Er sucht jedoch noch andere Aktivisten, Initiativen und Vereine, die diese „Gesundheitsbörse“ unterstützen.

7. Schlussbemerkung

Wichtig ist allein, sich den Profiteuren auf der Anbieterseite des Marktes schrittweise zu entziehen, die Identität von Konsument und Produzent wiederherzustellen und sich auf der Nachfrageseite, „diesseits von Markt und Staat“ zu entfalten. Konkurrenz sollte durch Kooperation ersetzt werden.

Wenn dem Bürger die Kaufkraft genommen und damit der Zugang zum profitorientierten Markt verschlossen wird, kann ihm der Aufbau eines nicht profitorientierten Marktes weder vorgeworfen noch versagt werden. Es steht ihm zu, den Zusammenbruch des neofeudalen Systems einigermaßen unversehrt zu überleben. Da die Profiteure ihn nicht retten wollen, muss er selbst die Regie über die Dienstleistungen sowie die Herstellung und den Vertrieb der Produkte seines täglichen Bedarfs in die eigenen Hände nehmen und einen Non-Profit-Markt diesseits von profitorientiertem konventionellem Markt und Staat aufbauen, auf dem es keine Kapitalerträge, sondern nur noch Arbeitserträge gibt.

Grundsätzlich ist zu überlegen, ob sich Eigentum ohne Arbeit vermehren darf und Arbeitserträge durch Kapitalerträge reduziert werden dürfen.

8. Zitierte und weiterführende Literatur:

1. Helmut Creutz: Das Geld-Syndrom - Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung. Econ Taschenbuch, 5. Auflage, 2001, vergriffen, jetzt: unveränderter Nachdruck der 5. Auflage, Wissenschaftsverlag Aachen, 2003 und <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/creutz/geldsyndrom/pdf/gs-econ2001.pdf>
2. Deutscher Gewerkschaftsbund: Zur Entwicklung von Löhnen, Gewinnen, Kapitalrendite und Lohnstückkosten in Deutschland - Kapitalrendite und Lohnquote wie zu Vollbeschäftigungszeiten, DGB-Bundesvorstand, Abt. Wirtschaftspolitik, Düsseldorf, 06/1999
http://www.dgb.de/service/publikationen/materialdb/ausgabe_show_single?ausgabeid=96
3. Susanne Elsen: Gemeinwesenarbeit und Gemeinwesenökonomie im Zeitalter der "Globalisierung". Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 6, AG SPAK-Bücher, 1998, http://www.leibi.de/takaoe/84_20.htm

4. Wolfgang Fabricius: Solidarkapital als Ergebnis und Grundlage autonomer ökonomischer Projekte diesseits von Markt und Staat. In: Projektgruppe Wir-eG statt Ich-AG, attacBerlin: Wir-eG statt Ich-AG! Strategien wirtschaftlicher Selbsthilfe diesseits von Markt und Staat, Reader zum Perspektivenkongress von Attac und Verdi 2004, Berlin.
http://www.attacberlin.de/fileadmin/materialseite/WIR_eG_Reader.pdf
5. Brett Fairbairn: Wiederaufbau und Untergang der Konsumgenossenschaften in der DDR und in der Bundesrepublik 1945 bis 1990. IWK, 34 (1998), 2, 171
6. Erwin Hasselmann: Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaften, COOP-Verlag GmbH, Hamburg, 1971
7. Magret Kennedy: Regio ergänzt Euro. Zukünfte 13, 46, 9-15, 2004
8. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, die Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Ausschuss der Regionen über die Förderung der Genossenschaften in Europa. 23.2.2004, Brüssel. http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/2004/com2004_0018de01.pdf
9. Robert Kurz: Antiökonomie und Antipolitik. Zur Reformulierung der sozialen Emanzipation nach dem Ende des 'Marxismus' .
<http://www.opentheory.org/keimformen/text.phtml?prt=1>
10. Gustav Landauer: Die drei Flugblätter des Sozialistischen Bundes, in: Der Sozialist. Organ des Sozialistischen Bundes, Jg. V (1913), Nr.24, S. 185-190.
<http://www.anarchismus.at/txt3/landauer6.htm>
11. Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 4, 6. Auflage 1972.
http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm#ZT22
12. Henrik Müller: Baustelle Deutschland: Zu niedrige Zinsen belasten die Wirtschaft, manager-magazin, 11.03.2004. <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/mittelstand/0,2828,289395,00.html>
13. Klaus Novy, Michael Prinz: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft - Wirtschaftliche Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Berlin/Bonn, 1985. <http://www.utopie1.de/novy/>
14. Dieter Petschow: Vom Sozialstaat zur Finanzdiktatur - Eine Verfassungsbeschwerde, Selbstverlag, 2004. <http://www.berndsenf.de/pdf/Petschow.pdf>

9. Adressen softwarebasierter Tauschbörsen:

Testdatenbank	http://penunze.knirz.de/cgi-bin/penunze/member.py und http://gb.knirz.de/cgi-bin/gb/member.py
Gesundheitsbörse (nach der Freigabe)	http://www.Gesundheitsladen-Berlin.de
Tauschbörse Fläming	http://flamingo.knirz.de/cgi-bin/flamingo/member.py ,
Tauschbörse Düsseldorf	file:///home/fab/Dokumente/WirtschaftlSelbsthilfe/Tauschringe/Duesseldorf/index.html

Die Liste wird bei Bekanntwerden weiterer internetbasierter Tauschringe ergänzt.